

Ergebnisprotokoll
der 23. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 30.05.2013

Beginn: 16.40 Uhr

Ende: 18.15 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat
Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion
Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke
Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Herr Imholze
Herr Bürger
Herr Krämer
Frau Kamp
Herr Viering
Herr Polzin
Herr Dr. Lampe
Frau Schemmel
Herr Eiken
Herr Lecke-Lopatta
Herr Donaubauer
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

BBN
ASV

III Gäste

Herr Oertel	Naturschutzbeirat
Herr Schlüter	OAL Osterholz
Herr Haase	Beiratssprecher Osterholz
Frau Dr. Mathes	OAL Schwachhausen
Herr Siegel	Beiratssprecher Vahr
Frau Bredow	Beiratssprecherin Hemelingen

IV Gastdeputierte

Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Metschies	SPD
Herr Hamann	SPD
Herr Hipp	CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 23. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Zurückgezogen werden

TOP 5 Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
119. Änderung - Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße)

und **TOP 14h** Sachstand zum Förderprogramm Angewandte Umweltforschung (AUF)
Dieser TOP wurde bereits am 11.4.2013 beraten.

Als **Tischvorlagen** liegen vor:

TOP 7 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt
Überseepark – Finanzierung von Spiel- und Sportanlagen

TOP 12 Verkehrskonzept Bremer Nordosten – Fußgängersignalanlage Vahrer See

TOP 14 b) Verzicht auf eine Wohnbebauung Brokhuchting

Und **TOP 14t)** Bedeutung und Auswirkungen der sog. "Grünschraffur" im zukünftigen Flächennutzungsplan

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 18/22 der Sitzung am 11. April 2013 -Protokoll der Sondersitzung mit der Deputation der gemeinsamen Sitzung der städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung und Energie und Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 11. April 2013)	
-------	---	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

- einstimmig -

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie für das Jahr 2014 -02-	Vorlage 18/224	L/S
-------	--	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen zu.

- einstimmig -

TOP 5	Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 119. Änderung - Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße) - - Planaufstellungsbeschluss - Absehen von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/234	
-------	--	-------------------	--

zurückgezogen

TOP 6	Bebauungsplan 2327 für Gebiete im Stadtteil Bremen-Obervieland (Aufhebung von Staffelbau- und Gewerbeplänen) -64- / -FB 01-	Vorlage 18/251	
-------	---	-------------------	--

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2327 zur Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen- Obervieland für die im Planentwurf bezeichneten Teilgebiete (Bearbeitungsstand: 07.06.2012) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2327 zur Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen- Obervieland (Bearbeitungsstand: 07.06.2012) für die im Planentwurf bezeichneten Teilgebiete.

- einstimmig -

TOP 7	Sonstiges Sondervermögen Überseestadt Überseepark – Finanzierung von Spiel- und Sportanlagen -62-	Vorlage 18/259
-------	---	-------------------

Herr Pohlmann berichtet, dass die Planung das Ergebnis eines langen und breit angelegten Beteiligungsprozesses sei. Lange Zeit sei unklar gewesen, wie die Folgekosten geregelt werden können, dies werde nun in der Vorlage dargestellt.

Herr Strohmann betont, dass es wichtig sei, gerade in diesem Gebiet ein Angebot für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Es seien jedoch die Folgekosten nicht dargestellt, so dass von einer Dauersubventionierung auszugehen sei. Er halte das Konzept auch inhaltlich nicht für tragfähig. Seine Fraktion werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Herr Saxe verweist auf den umfassenden Beteiligungsprozess, der auch im Sinne der Beteiligung von Mädchen nachgesteuert wurde. Die Finanzierung sei beispielhaft, indem die Verpflichtungen zur Errichtung von Spielanlagen bei geplanten und zukünftigen Bauprojekten gebündelt werden.

Herr Arndt hält diese Maßnahme für einen großen Gewinn, auch für die angrenzenden Stadtteile.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem aufgezeigten Finanzierungskonzept zur Errichtung der Variante 2 der Sport- und Spielanlagen unter Einbezug der in der Überseestadt in Teilen zu realisierenden Beteiligung privater Wohnungsbauinvestoren über das Sonstige Sondervermögen Überseestadt zu.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 57 (mit Vorhabenplan 57) zum Vorhaben "Verbrauchermarkt Schwaneweder Straße und Ärztehaus mit Einzelhandel" für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 und An de Deelen Haus Nr. 1 -Planaufstellungsbeschluss (beschleunigtes Verfahren gem. § 13 BauGB) -BBN-	Vorlage 18/252
-------	---	-------------------

Auf Nachfrage von **Herrn Liess** berichtet **Herr Donaubauer**, dass der Beirat Blumenthal der Vorlage zugestimmt habe

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Blumenthal, Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 und An de Deelen Haus Nr. 1, ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vor-*

habenbezogenen Bebauungsplan 57 - mit Vorhabenplan 57). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 57 (mit Vorhabenplan 57) für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Blumenthal, Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 und An de Deelen Haus Nr. 1, im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden soll.

- einstimmig -

TOP 9	STRASSEN BENENNUNG Ronzelenstraße (Erweiterung) -ASV-	Vorlage 18/246
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

- einstimmig -

TOP 10	STRASSEN BENENNUNG Am Waller Wied -ASV-	Vorlage 18/247
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

- einstimmig -

TOP 11	Anpassung der Friedhofsgebühren – Erlass eines Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt eigenen Friedhöfe in Bremen -30-	Vorlage 18/241
--------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass Bremen auch nach der Erhöhung der Friedhofsgebühren im Vergleich mit anderen Städten immer noch in einem vertretbaren Rahmen liege. Die Gründe für die 9,5 % ige Erhöhung liegen vor allem in den Tarifierhöhungen und der Verschiebung der gewählten Bestattungsform vom Sarggrab zum Urnengrab, aber auch in der Zunahme von Bestattungen außerhalb von Friedhöfen in Friedwäldern. Im Rahmen der anstehenden Friedhofsentwicklungsplanung müsse auch die Frage berücksichtigt werden, wie Friedhöfe, ökologisch aber auch effizient hinsichtlich des Pflegeaufwandes gestaltet werden können und andere Bestattungsformen wie Friedwälder ermöglicht werden können. Eine Gebührenerhöhung sei notwendig, wenn man weiterhin attraktive Friedhöfe in den Stadtteilen haben möchte.

Herr Strohmann fragt, wann der Entwurf eines Friedhofsentwicklungsplanes vorgelegt werden kann und inwieweit die Beiräte, aber auch die Betroffenen vor Ort, wie Friedhofsgärtnereien und der Verband Friedhofswesen mit einbezogen werden.

Herr Gottschalk erklärt, dass die geplante Gebührenerhöhung im Bereich der allgemeinen Preissteigerungen der letzten Jahre liege. Eine der wesentlichen weiteren Maßnahmen sei die Verteilung bei der Grünflächenpflege jeweils hälftig auf die Stadt und die Gebühren. Offen bleibe aber die weitergehende Frage der Kosten im Rahmen der Neustrukturierung.

Frau Dr. Schaefer distanziert sich von Forderungen, Teile von Friedhöfen zu schließen und als Bauland zu verkaufen. Mit dem Verkauf von Friedhofsflächen als Bauland könnten nicht die finanziellen Probleme der Stadt gelöst werden.

Frau Staatsrätin Friderich berichtet, dass man sich im Betriebsausschuss darauf verständigt habe, diese Diskussion sehr intensiv mit den verschiedenen Akteuren zu führen. Es müsse darüber nachgedacht werden, was mit den Flächen, die nicht mehr direkt für die Friedhofsnutzung vorgesehen seien, passieren solle. Diese könnten auf keinen Fall vollständig zu Bauflächen umgenutzt werden. Es gebe jedoch Überlegungen, an bestimmten Stellen Wohngebiete mit solchen Flächen zu arrondieren. Dies werde aber mit den Beiräten und den Betroffenen diskutiert werden müssen. Eine Beschlussfassung darüber sei in diesem Jahr nicht zu erwarten. Kurzfristige finanzielle Effekte würden sich dadurch nicht erzielen lassen, weil die Ruhrfristen von bis zu 20 Jahren berücksichtigt werden müssten, bevor Flächen frei werden können. Die Bewirtschaftung der Friedhofsflächen und eine Veränderung der Bestattungsformen seien die Elemente, um die Gebühren in einem verträglichen Rahmen zu halten.

Herr Arndt erinnert an die wichtige Grünfunktion der Friedhöfe in den Stadtteilen. Um diese zu erhalten, sei eine Gebührenerhöhung nicht zu umgehen.

Herr Schlüter ergänzt, dass der größte Friedhof, flächenmäßig annähernd so groß wie der Bürgerpark, in Osterholz liege und einen erheblichen Erholungscharakter für die Bevölkerung habe. Es gebe auch durchaus Interessenten, die in unmittelbarer Nähe Neubaugebiete entstehen lassen möchten und dabei spiele gerade die Funktion als grüne Lunge mitten in der Stadt eine wichtige Rolle.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt von der Einleitung des Verfahrens zum Erlass eines Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt eigenen Friedhöfe Kenntnis.

TOP 12	Verkehrskonzept Bremer Nordosten – Fußgängersignalanlage Vahrer See - 51 -	Vorlage 18/243
---------------	--	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass er sich in einem Rundgang vor Ort selbst überzeugt habe, dass Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt seien, keine Möglichkeit haben, von der Neuen Vahr-Nord in die Neue Vahr-Süd zu kommen und damit auch vom Nahversorgungszentrum in der Berliner Freiheit mit allen wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Bürgerzentrum, Stadtteilbibliothek, Ärztehäuser, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten usw. abgeschnitten seien.

Herr Hamann begrüßt, dass die Menschen nun dort die Straße queren können. Der tatsächliche Zeitverlust für Autofahrer aus Oberneuland kommend betrage vielleicht 30 bis 35 Sekunden. Dies sei ein tragfähiger Kompromiss für alle Beteiligten.

Herr Saxe erinnert, dass der Bedarf nach einer Fußgängerampel bereits in der Arbeitsgruppe zum Verkehrskonzept Nordost erkannt worden war, damals jedoch nicht darstellbar war. Der jetzt vorgeschlagene Standort sei sowohl von den Baumverlusten, als auch von der Nutzer-

dichte optimal. Dies sei eine sehr wichtige Maßnahme, um dem Ziel der Barrierefreiheit in Bremen ein Stück näher zu kommen.

Herr Siegel berichtet, dass für den Beirat ein breiter Beteiligungsprozess sehr wichtig war. Die Äußerungen von Bürgerinnen und Bürger vor Ort in Gesprächen seien quer durch alle Altersstufen zu 90 % positiv für die Ampel gewesen. Es sei dem Beirat auch wichtig gewesen, eine Regelung zu finden, bei der die Autofahrer möglichst wenig negativ belastet werden. Dazu gehöre, dass die vierte Ampel in die grüne Welle einbezogen werde und dass man im Verkehrsressort prüfe, ob gerade zu Spitzenzeiten längere Grünphasen für die Autos möglich seien.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass von Seiten des Ressorts darauf geachtet worden sei, die Beeinträchtigungen für den Kfz- Verkehr zu minimieren. Die habe im Ergebnis auch zu der Verlegung des ursprünglich diskutierten Standortes an den jetzt gefundenen geführt, weil dieser sich in die grüne Welle- Phase einfüge. Die Zeitverzögerung für Autofahrer betrage schlimmstenfalls 30-40 s. Die Zeitverluste der Fußgänger die die nicht barrierefreie Brücke nicht queren konnten, seien ungleich größer.

Frau Dr. Mathes bedankt sich für die Maßnahme, die sehr wichtig sei für eine weiter positive Entwicklung der Vahr insgesamt. Man dürfe nicht unterschätzen welche Bedeutung diese Ampel für die Stadtentwicklung habe.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) beschließt, dass eine Fußgängersignalanlage in der Richard-Boljahn-Allee in Höhe der Friedrich-Stampfer-Straße umgesetzt werden soll.
3. Für den Straßenzug Kurfürstenallee/ Richard-Boljahn-Allee soll eine strategische Verkehrssteuerung eingesetzt werden.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenaufstellung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Maßnahmen zu.

- Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU -

TOP 13	Aktive Stadt- und Ortsteilzentren: Integriertes Handlungskonzept -7-	Vorlage 18/236
---------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Entwurf „Integriertes Entwicklungskonzept Alte Neustadt / Buntentor“ zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Programmplanung sowie dem Zeit- und Maßnahmenplan zu.

- einstimmig -

TOP 14	Berichte der Verwaltung	
TOP 14a)	Autofreier StadTraum -7-2-	BdV schriftlich

Herr Gottschalk regt an, den autofreien StadTraum mehr in die Stadtteile zu bringen, bspw. nach Bremen- Nord.

Herr Imhoff möchte wissen, ob es Quersubventionen gebe, z. B. über Projektmittel für den ADFC oder andere Verbände oder Vereinigungen.

Herr Saxe schließt sich dem Vorschlag an, mit der Veranstaltung durch die Stadtteile zu wandern. Man solle nicht nur einmal im Jahr diese Veranstaltung machen, sondern das ganze Jahr über diesen Gedanken transportieren.

Herr Imholze berichtet, dass nach den Erfahrungen im letzten Jahr die Veranstaltung aus Ressortmitteln – als low-budget - finanziert werde und es keine Zuschüsse gebe. Die weiteren Aktivitäten werden von den jeweiligen Veranstaltern selbst finanziert. Der größte Posten habe im letzten Jahr in Absperrungen und Verkehrssicherungsmaßnahmen bestanden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14b)	Verzicht auf eine Wohnbebauung Brokhuchting -FB 01-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Imhoff zeigt sich unzufrieden mit dem Bericht Es sei strittig, ob tatsächlich bis 2009 nicht mit der Baumaßnahme begonnen worden sei. Der Bauträger behaupte, begonnen zu haben. Dann könne er mit großer Wahrscheinlichkeit Regressansprüche geltend machen. Entgegen der Darstellung im Bericht handele sich nicht um ein neues Einfamilienhausgebiet fernab jeder Infrastruktur. Vielmehr seien Ärzte, Einzelhandel und ÖPNV in zwei bis drei Kilometer Entfernung vorhanden, Schulen und Kindergärten in drei bis vier Kilometer Entfernung. Die Antwort zu Frage 5 vermittele den Eindruck, dass es genug Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern in Bremen gebe. Tatsächlich gebe es diese Flächen aber nur in Bremen- Nord und im Bremer Osten. Im Bremer Süden hingegen bestehe Bedarf an Bauflächen. In den Umlandgemeinden werden die Einfamilienhausgebiete stark nachgefragt. Der Bremer Süden, der Erweiterungspotential habe, werde hier vernachlässigt. Auch die Frage ob sozialer Wohnungsbau dort möglich sei, hätte durchaus mit den Vorhabenträgern erörtert werden können. Er hält den Bericht in weiten Teilen für nicht zutreffend.

Herr Staatsrat Golasowski betont, dass man sich in einem laufenden Verfahren befinde, dessen Ergebnis noch offen sei. In einem Gespräch mit dem Investor habe sich gezeigt, dass dieser doch ein großes Interesse habe, dort zu bauen. Er habe dem Investor geraten, sein Bauinteresse zu formulieren und in das laufende Verfahren einzubringen. Dann müsse dies bewertet werden, auch durch die Deputation. Er habe dem Investor zugesagt, nach Eingang seiner Stellungnahme im Verfahren ein Vorgespräch mit den baupolitischen Sprechern der Fraktionen in der Deputation zu führen.

Er weist weiter darauf hin, dass der letzte Absatz des Berichtes „In der „Vereinbarung zur Zusammenarbeitverfolgt werden soll.“ gestrichen werden solle.

Der dritte Absatz der Antwort zu Frage 5 wird gestrichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14c)	Baumschutz von altem Baumbestand bei Neubaumaßnahmen (Farger Straße 99 und Projekt Eichenhof, St. Magnus) - BBN-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer bedankt sich für den Bericht. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der alte Baumbestand erhalten werden solle und bittet darum, dass auch bei der Durchführung der Baumaßnahmen darauf geachtet werde, dass die Bäume auch vor Beschädigungen durch Baufahrzeuge und die Baumaßnahmen selbst geschützt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14d)	Erneute Behandlung der Vorlage 18/238 (S) - Ortsgesetz über die Verlängerung des 159. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre (Lüssumer Str. 105 in Bremen Blumenthal) -BBN-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse stellt fest, dass der Beirat Blumenthal zwischenzeitlich keinen neuen Beschluss gefasst habe. Damit bleibe es bei der Beschlussfassung der Deputation vom 11.04.2013.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und bestätigt ihren Beschluss vom 11.04.2013 zur Verlängerung des 159. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre entsprechend der Vorlage 18/238 (S)

einstimmig

TOP 14e)	Liste der zum vorrangigen barrierefreien Ausbau ausgewählten Bushaltestellen der BSAG im Bremer Stadtgebiet für ein erstes Programmpaket 2013-2015 -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14f)	Parksituation in der Überseestadt - ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14g)	Marktplatz Osterholz -ASV-	BdV schriftlich
----------	--------------------------------------	--------------------

Herr Pohlmann möchte wissen, welche Folgekosten durch den geplanten Brunnen entstehen werden und ob während der Baumaßnahmen der Weiterbetrieb des Wochenmarktes gewährleistet sei.

Frau Pieper berichtet, dass die Platzgestaltung insgesamt 680.000 € koste, wovon 500.000 € Mittel aus der Verlängerung der Linie 1 zur Verfügung stünden. Die Mehrkosten von 180.000 € werden aus Städtebauförderungsmitteln bezahlt. Der Wochenmarkt solle nach der Umgestaltung wieder auf dem Platz stattfinden. Während der Bauphase werde der Betrieb des Wochenmarktes aufrecht erhalten werden, soweit erforderlich müsse dabei auf andere Flächen im Bereich ausgewichen werden.

Die Unterhaltungskosten für einen Brunnen belaufen sich erfahrungsgemäß auf durchschnittlich 8.000 € im Jahr.

Herr Haase bekräftigt, dass der Beirat Osterholz nach wie vor einstimmig zu seinen Beschlüssen zur Umwandlung der Wendeschleife zum Marktplatz Osterholz stehe. Es habe hier einen noch nie dagewesenen Prozess der Bürgerbeteiligung u. a. in Form von mehreren Workshops gegeben. An diesem Prozess der Bürgerbeteiligung haben auch die Vertreter der Initiative teilgenommen, die zurzeit eine andere Vorstellung entwickeln. Der Beirat möchte, dass das Ergebnis dieses Prozesses jetzt zügig umgesetzt werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14h)	Sachstand zum Förderprogramm Angewandte Umweltforschung (AUF) -20-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

- zurückgezogen-

TOP 14i)	Einwand der EU-Kommission gegen Bremer Fristverlängerungsantrag zur Einhaltung der Stickstoffdioxidgrenzwerte -22-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Imhoff möchte wissen, ob es richtig sei, dass der Einwand der EU-Kommission sich damit begründet, dass der Luftreinhalteplan nicht fortgeschrieben worden sei und nun verkehrsreduzierende und verkehrslenkende Maßnahmen erforderlich werden, wenn die Grenzwerte 2014 nicht eingehalten werden.

Herr Gottschalk erwartet, dass das Ressort konkret benenne, welche Maßnahmen es gebe, um die Emissionen unterhalb der Grenzwerte abzusenken.

Herr Bürger erläutert, dass die Werte in den letzten Jahren eine fallende Tendenz zeigen. Trotzdem liegen sie knapp über den Grenzwerten. Die Bundesregierung werde eine Stellungnahme für die Bundesrepublik Deutschland schreiben. Im Moment gehe niemand davon aus, dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten werde. Die EU habe in den letzten zehn Jahren im Bereich der Abgasnormen nicht das geleistet, was man hätte leisten können. Die Frage der Maßnahmen sei ebenfalls nicht abschließend beantwortet. In Frage kämen grundsätzlich Maßnahmen wie Tempo 30 in Innenstädten oder mautpflichtige Innenstadtbenutzung, die aber unter Betrachtung der Verhältnismäßigkeit nicht wirklich zielführend seien. Der Stickstoffdioxid- Grenzwert wurde dieses Jahr noch nicht überschritten. Überschreitungen gebe es für Feinstaub, auch durch die Wetterlage bedingt. Dass konkrete Maßnahmen hier nicht benannt worden sind, liege insbesondere auch daran, dass die Wirksamkeitsuntersuchung zur Umweltzone in diesem Jahr beginne und abgewartet werden müsse, um dann anhand der aktuellen Situation zu bewerten, welche Maßnahmen ergriffen werden können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14j) -2-	Umweltzone: Ausnahmegenehmigungen	BdV schriftlich
------------------------	--	--------------------

Herr Liess stellt fest, dass der Bericht deutlich mache, dass die von den Busunternehmen beantragten Ausnahmegenehmigungen auch erteilt worden sind.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14k) -2-	Verfahrensstand zur Biogasanlage auf der Blocklanddeponie	BdV schriftlich
------------------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14l) -22-	Das Bremer Luftüberwachungssystem – Jahresbericht 2012	BdV schriftlich
-------------------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14m)	Immissionsmessungen zur Ermittlung von Staubbiederschlag im Einflussbereich des integrierten Hüttenwerkes 2012 -22-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Schemmel berichtet, dass beabsichtigt sei, 2015 ein ähnliches Messprogramm in Bremerhaven zu starten. Das Programm um die Stahlwerke herum werde ausgesetzt.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schierenbeck** erläutert sie, dass Emissionsmessungen im Stahlwerk bereits stattfinden und ein Emissionskataster geführt werde. Die Bremer Firmen melden dazu alle vier Jahre ihre Luftemissionen an die Gewerbeaufsicht. Weitere Informationen über die Emissionen der Stahlwerke liegen über das europäische Schadstoffregister PRTR vor. Dies werde nun genutzt, um die Verursacher für die erhöhten Nickel- Werte im Staubbiederschlag zu finden.

Herr Imhoff fragt, worin Verschmutzungen bestehen können, aufgrund derer Proben verworfen werden. Der bisher auf seinem Grundstück befindliche Messpunkt 22 sei schon vor einigen Monaten abgebaut worden. Er möchte wissen, ob dies im Zusammenhang mit der Verlegung der Messungen nach Bremerhaven stehe und ob dieses Vorgehen mit den Beiräten abgesprochen sei.

Frau Schemmel erklärt, dass Verschmutzungen aus Laub, Insekten und anderen unrelevanten Dingen bestehen, die zu einem fehlerhaften Wert führen würden. Daher werde die Probe dann verworfen.

Das Messprogramm in den Stahlwerken sei bereits eingestellt und daher der genannte Messpunkt abgebaut. Vor dem Hintergrund, dass die Messergebnisse sich dort seit Jahren positiv entwickelt haben, konnte die Finanzierung beider Messprogramme nicht gerechtfertigt werden. Der Gesamtbericht werde den Beiräten vorgestellt, dann könne auch die Einstellung des Messprogramms für die Stahlwerke angesprochen werden. Es sei vorgesehen, nach Abschluss der Messungen in Bremerhaven ab 2016 wieder am Stahlwerk zu messen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14n)	Staubverwehungen von der Blocklanddeponie -23-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 14o)	Beseitigung von Totholz durch den Umweltbetrieb Bremen - 30-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 14p)	Schaffung von Hundeausläufflächen -30-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 14q)	Lärminderungsmaßnahmen an der A1 -5-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Arndt kritisiert, dass der Bericht entgegen seiner ausdrücklichen Bitte nicht auf LKW's eingehe. Auch auf verkehrslenkende Maßnahmen werde nicht abgestellt.

Frau Bredow bedankt sich für die Gelegenheit, die Sicht des Beirats darstellen zu dürfen. Der Bericht der Verwaltung habe keine Aussagekraft für den Beirat. Es werde auf die geltenden Lärmsanierungsgrenzwerte verwiesen. Der Lärmaktionsplan sei anders, es würde mehr Betroffene geben. Eine durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf dem Autobahnzubringer wäre für den Stadtteil eine hörbare Lärmentlastung.

Herr Polzin führt aus, dass die LKW in der Lärmberechnung berücksichtigt seien. Es liege hier ein genormtes Berechnungsverfahren zugrunde. Er schlägt vor, die offenen Fragen des Beirats in einem Gespräch zu klären.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14r)	Stadtticket -5-	BdV schriftlich
----------	--------------------	--------------------

Herr Saxe bittet darum, den Bericht der Deputation für Soziales zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung über die Preisanhebung des StadtTickets zum 01.07.2013 zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Bericht über die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend mit der Bitte um Kenntnisnahme weiter zu leiten.

einstimmig

TOP 14s)	Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürger-schaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ -7-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

-vertagt-

TOP 14t)	Bedeutung und Auswirkungen der sog. "Grünschräffur" im zukünftigen Flächennutzungsplan -7-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Imhoff hält die Vorlage für nicht sehr aufschlussreich, weil verschiedene Fragestellungen, nicht beantwortet worden seien. Nach der Vorlage solle auf das Wurzelwerk und auf einzelne Bäume und Altbestände Rücksicht genommen werden. Dafür gebe es die Baumschutzverordnung. Außerdem gebe es viele Flächen mit Grünschräffur, die freie Flächen ohne Altbaumbestand seien, hier beziehe sich das auf Veränderungen des Landschaftsbildes. Er fragt, wer die Grünraumplanung zukünftig machen müsse und wer die Kosten dafür trage.

Herr Lecke-Lopatta erklärt, dass sich die Grünschraffung nicht nur auf Baumschutz beziehe, sondern auf den Landschaftsschutz. Ein Grünordnungsplan bedeute auch, dass die Behörde im Rahmen der Bauleitplanung verstärkt Grünplaner mit einbeziehen müsse. Insbesondere betreffe dies vorhabenbezogene Bebauungspläne, hier würde dem Investor auferlegt werden, auch einen Grünplaner zu beauftragen. Dies werde den bisherigen Kostenrahmen von Bauleitplanungen nicht nennenswert erweitern. Die Grünschraffung solle in erster Linie einen Hinweis geben, möglichst frühzeitig Grünesichtspunkte im Verfahren einzubeziehen.

Herr Imhoff problematisiert die Grünschraffung im Bereich Seehausen, Niederbüren, Strom. Alle für eine Lückenbebauung in Frage kommenden Flächen seien mit einer Grünschraffung belegt. Wer solle bei einer Lückenbebauung die Grünraumplanung machen?

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass der Bericht dazu diene, zu erläutern, was mit der Grünschraffung beabsichtigt sei. Die Frage, ob sie in bestimmten Stadteilen richtig angewendet sei, sei im Rahmen der weiteren Beteiligungsverfahren zu klären.

Herr Imhoff gibt zu Protokoll, dass seine Fragen, die er explizit gestellt habe, nicht beantwortet worden seien. Er sei mit der Grünschraffung nicht zufrieden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14u)	Gewerbegebiet Farge-Ost -21-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15a	Sachstand Neuwieder Straße Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	
TOP 15b	Bearbeitungsdauer von Baugenehmigungen im Zusammenhang mit dem Bündnis für Wohnen Berichtswunsch von Frau Neumeyer	
TOP 15c	Sachstand Container am Bultensee Berichtswunsch von Herrn Hamann	
TOP 15d	Sachstand Friedrich-Humbert-Straße 156 Berichtswunsch von Frau Neumeyer	
TOP 15e	Sachstand zu den Gleisarbeiten in der Schwachhauser Heerstraße Berichtswunsch von Herrn Arndt	

Die Berichtswünsche werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Herr Senator Dr. Dr. Lohse schließt die 23. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll